



Antrag

der Fraktion der CDU

Bahnpolitisches Konzept der Landesregierung für das Land Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in der 13. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages ihr bahnpolitisches Konzept darzulegen. Dabei sind folgende Fragen zu beantworten:

- a) Welchen Einfluss die Einschränkungsentscheidungen der DB-AG auf den Personenfernverkehr in und durch Schleswig-Holstein haben?
- b) Welche Maßnahmen denkt die Landesregierung einzuleiten, um den Ausfall an Zugleistungen zu kompensieren?
- c) Wie die Landesregierung diese Ausgleichsbelastungen in den nächsten Jahren finanzieren will?
- d) Welche „Cargo-Anlieferpunkte“ von der DB-AG nicht mehr bedient werden?
- e) Wie diese Anlieferstellen dennoch bedient werden sollen und welche der Anlieferpunkte nach den derzeit seit Januar 2001 laufenden Gesprächen eingestellt werden?
- f) Wie die Landesregierung den Artikel 87 e Abs. 4 Grundgesetz im Hinblick auf den Gewährleistungsauftrag der Bundesregierung in Anbetracht der Kürzungen der Verkehrsleistungen durch die DB-AG interpretiert?
- g) Aus welchen Mitteln die Landesregierung weitere Streckenausbauten und Betriebskosten finanzieren will?
- h) Wann weitere Strecken ausgeschrieben werden und warum bisher außer der Strecke Neumünster – Segeberg in 2001 keine Ausschreibungen vorgenommen wurden?

- i) Welche Realisierungszeitpunkte die Landesregierung für ihre Anmeldungen sieht, die Strecken Lübeck – Hamburg, Lübeck – Puttgarden und Hamburg – Westerland, Kiel – Lübeck zu elektrifizieren.
- j) Wie sieht die Landesregierung die Chancen für den Bestand der Regionalisierungsmittel und wie rechtfertigt sie diese Einstellung?

Uwe Eichelberg
und Fraktion